



Kommentar Peter Bußjäger

Warm anziehen!

Die Neos wollen, dass die Landeshauptleute in die Regierungsverhandlungen einbezogen werden. Klingt gut, ist aber nicht so gemeint. Es geht ihnen ja nicht darum, die Länder bei den geplanten Wohltaten der nächsten Bundesregierung ein Wörtchen

„Man kann davon ausgehen, dass **die Landeshauptleute** nichts von all dem unterschreiben.“

mitreden zu lassen. Vielmehr sollen die Landeshauptleute mit ihrer Unterschrift besiegeln, dass sie die im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen mittragen. Dazu dürften zählen: Erhöhung der Grundsteuer, Streichung von Förderungen, dafür mehr Geld für die Kinderbetreuung und wahrscheinlich alle möglichen und unmöglichen Zentralisierungen.

Man kann davon ausgehen, dass die Landeshauptleute nichts von all dem unterschreiben. Warm anziehen dürfen sich die Länder trotzdem. Zwar wird auch der Bund sparen, aber unter dem Schlagwort „Bürokratieabbau“ drohen Maßnahmen, die den Handlungsspielraum der Länder massiv einschränken. Wen kümmert es, dass der größte Teil der Bürokratie durch die Bundesgesetzgebung allein oder mit Hilfe der Europäischen Union produziert wird?

Dazu kommen Einsparungen bei Förderungen. Das findet jeder gut, solange es ihn nicht betrifft. Wer aber erst nächstes Jahr von den fossilen Brennstoffen auf ein

klimafreundliches Heizsystem umsteigen will, wird dann wegen Entfalls der Förderungen empfindlich mehr bezahlen müssen. Förderungen sind eben eine Art Steuerrückvergütung. Man kann sie ohne Weiteres abschaffen, aber irgendwer bezahlt dafür.

Warm anziehen heißt es also auch für die Bürger. Es wird zwar wahrscheinlich keine allgemeine Vermögenssteuer geben, weil Kontoguthaben ins Ausland abwandern können und die Schätzung der Wertgegenstände in den einzelnen Haushalten für das Finanzamt ein bisschen mühsam wäre. Aber Grundstücke können nicht nach Liechtenstein flüchten, weshalb die Grundsteuer deutlich höher ausfallen dürfte als bisher.

Vermeintlich besonders kluge Köpfe unter den Regierungsverhandlern werden den Vermietern verbieten wollen, die neue Grundsteuer auf ihre Mieter überzuwälzen, um wenigstens sicherzustellen, dass die Steuererhöhung ausschließlich von den Vermögenden getragen wird. Allerdings: Je weniger sich das Vermieten lohnt, umso weniger Wohnungen gelangen auf den Markt. Und weniger Wohnungen bedeuten wiederum höhere Mieten. Diese Gesetze des Marktes sind durch keine irdische Gesetzgebung einer noch so großen Koalition auszuhebeln. Es gilt also für alle: Warm anziehen!



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.